

## Rede von Thomas Carl Schwoerer bei Pulse of Europe, Frankfurt/M. 23.4.17

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

der Bestseller *Der Europäische Traum* des namhaften Amerikaners Jeremy Rifkin, den Campus vor 13 Jahren verlegt hat, ist unverändert aktuell, erst recht nach Donald Trumps Wahl zum US-Präsidenten. Für Rifkin ist unser alter Kontinent ein Hoffnungsträger für eine bessere Welt. Europas Arbeits- und Sozialpolitik ist humaner als die der USA, die Lebensqualität der Menschen höher. Die Europäische Union hat alte Feindschaften überwunden und vorbildliche Formen des Miteinanders entwickelt. Europa stellt Lebensqualität über die Anhäufung von Reichtum, nachhaltige Entwicklung über unbegrenztes materielles Wachstum und globale Zusammenarbeit über einseitige Machtausübung. Im Kern handelt der Europäische Traum von der Überwindung schierer Gewalt und der Etablierung eines moralischen Gewissens zur Regelung des menschlichen Miteinanders. Nicht Waffengewalt, so Rifkin, sondern Verhandlungsgeschick und Offenheit für den Dialog und für Konfliktlösungen sind die entscheidenden Eigenschaften der Europäischen Union.

Diese Eigenschaften geraten aber derzeit enorm in Gefahr durch die Forderung von Ursula von der Leyen und anderen nach noch mehr Milliarden fürs Militär und der Verdoppelung des ohnehin riesigen Rüstungsetats. Diese werden uns weder vor dem Terror schützen, noch sind sie eine angemessene Reaktion auf Russlands Untaten. Die europäischen Militärausgaben machen schon jetzt das Dreifache der russischen Rüstungsausgaben aus, zusammen mit den amerikanischen sogar das Dreizehnfache. Auch die EU-Verfassung ist in dieser Hinsicht eminent kritikwürdig. Sie verpflichtet die Mitgliedsstaaten, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Und sie verpflichtet sie, ich zitiere weiter, zu Kampfeinsätzen als Unterstützung für Drittstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet. Frappierend daran ist, dass kontinuierliche Aufrüstung und Kriegseinsätze mit durchlässiger Grenze zum Angriffskrieg (durch die Formulierung "in ihrem Hoheitsgebiet") zur verfassungsmäßigen Pflicht erhoben werden. In keiner anderen Verfassung gibt es eine solche Verpflichtung zur Aufrüstung, sie hat dort nichts verloren. Demgegenüber kann die Bundeswehr nach dem Grundgesetz jederzeit im Rahmen einer Haushaltsdebatte auf null gesetzt werden. Das im Grundgesetz verankerte Recht auf Kriegsdienstverweigerung findet nur abgeschwächten Eingang in die EU-Verfassung, und es gibt dort kein Bekenntnis zum Gewaltverbot der Charta der Vereinten Nationen.

Wir sollten daraus schließen: Ja zu Europa und seinen Werten, aber nicht zu seiner Militarisierung und einem neuen Wettrüsten. Fordern wir ein konsequentes Bekenntnis der EU zur zivilen Konfliktbearbeitung, die Bereitstellung der Mittel dafür und Asyl für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure. Und halten wir die Daumen, dass Marine Le Pen morgen in ihre Schranken verwiesen wird. Vielen Dank für Ihre Langmut.